
Eugen Loderer

Aspekte der strukturellen Krisen im Metallbereich - aus der Sicht der IG Metall

Eugen Loderer, geb. 1920 in Heidenheim/Brenz, war von 1972 bis zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 1. Vorsitzender der IG Metall.

I.

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik hat in den letzten drei Jahren eine gewaltige Zuspitzung erfahren. Die Arbeitslosenquote hat sich in einem beängstigend kurzen Zeitraum von 1980 bis 1982 mehr als verdoppelt, wobei der Trend auch für 1983 und das folgende Jahr steil nach oben gerichtet bleibt. Angesichts dieser Situation kann die herrschende Verweigerungsstrategie der christlich-liberalen Koalition, endlich wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen zu verabschieden und ein ausreichend dimensioniertes Beschäftigungsprogramm aufzulegen, nur noch auf eine nicht mehr verständliche Ignoranz zurückgeführt werden.

Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung, die zu einem großen Teil durch eine seit Jahren verfehlte Wirtschaftspolitik verursacht wurde, hat für einzelne Regionen und bestimmte Branchen in der Bundesrepublik geradezu dramatische Auswirkungen. Eine offensive Beschäftigungspolitik, die in der jetzigen Situation das Gebot der Stunde ist, wird allein nicht ausreichen, um diesen Regionen und Branchen mittelfristig eine stabile wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Perspektive zu geben. Die Bundesrepublik ist heute mit strukturellen Fehlentwicklungen konfrontiert, die zunächst ein rasches Handeln zur Abwendung sich kurzfristig abzeichnender beschäftigungspolitischer Katastrophen erfordern.

Bei diesen Sofortmaßnahmen können die Überlegungen jedoch nicht stehenbleiben, da das Ziel einer vorausschauenden Strukturpolitik in der Verhinderung von sich abzeichnenden Strukturkrisen liegen muß. Die zur Zeit praktizierte Wirtschaftspolitik verlegt sich dagegen ausschließlich auf die reaktive Bewältigung der aufgeworfenen Probleme und wird in der Wirklichkeit noch nicht einmal diesem reduzierten Anspruch gerecht. Tatsächlich beschränken sich die Struktureingriffe der Regierung auf das bloße Verwalten der Krise in der völlig irrigen Hoffnung, mit einem Wiederaufschwung, der zwar schon seit einem halben Jahr angekündigt, aber nirgendwo greifbar ist, würden sich die Probleme von selbst lösen. Eine genauere Betrachtung der Situation läßt das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes, die bis heute noch keinem entlassenen Stahlkocher einen neuen Arbeitsplatz verschafft haben, als völlig unrealistisch erscheinen.

II.

Welche Strukturprobleme sind im einzelnen in der Bundesrepublik aufgetreten? Gibt es heute neue Problemstellungen im Vergleich zu früheren Strukturkrisen? Strukturschwache Regionen hat es in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung schon immer gegeben. Politische Entwicklungen haben traditionelle Wirtschaftsräume zerschnitten. Das Zonenrandgebiet und Westberlin besitzen daher schwierigere Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung als andere bundesdeutsche Regionen. Heute muß man feststellen, daß trotz einiger Anstrengungen es auch in Prosperitätszeiten nie gelungen ist, wirksame Förderinstrumente für diese Regionen zu entwickeln. Diese Krisenregionen, denen noch einige ländliche Randregionen hinzuzuzählen sind, sind vor allem durch ihre räumliche Situation benachteiligt, die sich fast immer durch eine relativ große Entfernung von den großen Wirtschaftszentren auszeichnet.

Die aktuellen Strukturkrisen unterscheiden sich wesentlich von den angesprochenen herkömmlichen Strukturkrisen. Die traditionellen bundesdeutschen Wirtschaftszentren im Ruhrgebiet, im Saarland und an der Küste sind in ihrer Existenz ernsthaft bedroht und die Krise zweier wichtiger Industriebranchen (Stahl und Schiffbau) geht nun schon in das achte Krisenjahr. Zwar sind die Arbeitslosenquoten in ländlichen Gebieten zum Teil erschreckend hoch, doch gerade die hohen Arbeitslosenquoten traditioneller Industriestädte wie Dortmund (14,9 Prozent), Duisburg (14,7 Prozent) oder Bremerhaven (13,6 Prozent) machen deutlich, daß in der Bundesrepublik eine bedrohliche Strukturschwäche in industriellen Kerngebieten zu diagnostizieren ist.

Die Gefahren dieser Strukturkrise liegen nicht nur im Bereich sozialer Spannungen, die in diesen Regionen bei der herrschenden wirtschaftspoliti-

schen Untätigkeit aufkommen müssen, sondern auch im sich immer stärker abzeichnenden Verlust an industriellen Fertigungskapazitäten in alten Industrie-Regionen. Statt einer ernsthaften Anstrengung zur Umstrukturierung der gefährdeten Betriebe von Krisenbranchen ist im Moment eine Tendenz zur schleichenden Entindustrialisierung in diesen Regionen zu beobachten.

Die zwei Metallbereiche Stahl und Schiffbau stehen in einer besonders engen Verbindung zu den industriellen Krisenregionen Ruhrgebiet, Saarland und Küstenregion. Der innere Zusammenhang von regionaler und sektoraler Strukturkrise tritt am Beispiel dieser Branchen und Regionen besonders deutlich hervor. In jeder Hinsicht erscheint ein schnelles Handeln geboten, wenn nicht auf der einen Seite eine schwerwiegende, vielleicht irreparable Deformation der bundesdeutschen Industriestruktur und auf der anderen Seite ein beschäftigungspolitischer Notstand auf lange Sicht in den betroffenen Regionen hingenommen werden soll. Die IG Metall ist daher mit einem Konzept sowohl für die Stahl- als auch für die Schiffbauindustrie in die Öffentlichkeit getreten. Die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, inhaltlicher Einfluß auf den Strukturwandel im Interesse der Arbeitnehmer und vorausschauende Strukturpolitik für die Zukunft sind die zentralen Elemente dieser Konzepte, die genauso auch für andere Krisenbranchen Bedeutung haben.

Seit 1975 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im Stahlsektor um über 120 000 und im Schiffbau um über 20000 verringert. Allein diese Zahlen belegen schon, wer in der Vergangenheit die Krisenlasten zu tragen hatte. Der entsprechende Anpassungsdruck ist voll auf die Arbeitnehmer überwältigt worden, wobei gerade in den Krisenregionen der Verlust des Arbeitsplatzes gleichbedeutend mit langwährender Arbeitslosigkeit ist.

Von den Unternehmen und leider auch von den Trägern der staatlichen Wirtschaftspolitik wird die Sanierung der beiden Branchen auch in der Zukunft als bruchlose Fortsetzung der bisherigen Strategie betrieben. Insbesondere im sogenannten Moderatorenvorschlag zur Stahlpolitik wird deutlich, daß alleiniger Maßstab für die Krisenbewältigung die Wiederherstellung betrieblicher Rentabilität ist. Alle anderen Aspekte, auch die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze, gelten als nachrangig und müssen der heiligen Kuh Rentabilität um jeden Preis geopfert werden. Die Haltung schlägt nicht nur jeder sozialen Verantwortung gegenüber Tausenden von Arbeitnehmern ins Gesicht, sondern hat bisher die wirtschaftlichen Probleme keiner Lösung nähergebracht.

Die Aufgabe einer aktiven staatlichen Strukturpolitik kann nicht im Einsatz von Steuergeldern für die Wiederherstellung von soliden Gewinnaussich-

ten für das eingesetzte Privatkapital bestehen. Diese Engstirnigkeit in der Aufgabenstellung läßt für eine Problemlösung, die sich gegenüber den großen gesellschaftlichen Erfordernissen wie Vollbeschäftigung und qualitativem Wachstum nicht gleichgültig verhält, keinen Spielraum. Hier aber muß ein Umdenken stattfinden, wenn nicht eine weitere Verschärfung der Situation in Kauf genommen werden soll, mit all ihren sozialen Folgen für die Arbeitnehmer.

III.

Die IG Metall sieht die Notwendigkeit einer Neuorientierung der staatlichen Strukturmaßnahmen, damit die Strukturkrisen in Zukunft besser bewältigt werden als in der Vergangenheit. Die Bewältigung der Stahl- und Werftenkrise ist eine große gesellschaftliche Aufgabe, bei der die Interessen der Kapitaleigentümer an einer hohen Rentabilität ihres Kapitals zurückzustehen haben. Schließlich haben nicht die Arbeitnehmer eine Monostruktur im Ruhrgebiet und im Saarland aufgebaut, und sie sind ebensowenig dafür verantwortlich, daß die Werften sich viel zu lange gegenüber Diversifizierungsvorschlägen völlig verschlossen haben. Die Unternehmer haben zunächst sorglos und im Gefolge der Krise auch verantwortungslos die scheinbar einfache Lösung des Gesundenschumpfens verfolgt. Die Arbeitnehmer können heute nicht eine Politik auf ihre Kosten akzeptieren, die angeblich - aufgrund früherer unternehmerischer Fehlleistungen - notwendig geworden ist.

Die IG Metall fordert daher von der Bundesregierung und den Unternehmen eine Absicherung der bestehenden Arbeitsplätze und bei unumgänglichem Arbeitsplatzabbau die Schaffung von ausreichenden Ersatzarbeitsplätzen. Neben dem Ausschluß von arbeitgeberseitigen Kündigungen bei betrieblichen Änderungen, Stilllegungen u. ä. sind auch die anderen Elemente der bisherigen Sozialplanpolitik zu verteidigen. Das bedeutet Verdienst- und Statussicherung bei Versetzungen und Umbesetzungen sowie weitere Nutzung der Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, nicht zuletzt für Umschulungsmaßnahmen, die ohne Einkommenseinbußen zu erfolgen haben. Hinzutreten muß eine Standortgarantie für alle Stahlstandorte, denn ebensowenig wie eine Sanierung der Unternehmen auf Kosten der Arbeitnehmer zu akzeptieren ist, kann an eine Sanierung einzelner Standorte auf Kosten von anderen Orten gedacht werden.

Die bisherige Subventionspraxis hat sich als absolut untauglich erwiesen, die bestehenden Probleme zu mildern, geschweige denn zu lösen. Eine strikte Bindung der Vergabe öffentlicher Hilfen an Beschäftigungsaufgaben ist umgehend zu verwirklichen. Dabei kann nur bei einer konsequenten Erfolgskontrolle die Realisierung der Auflagen durchgesetzt werden. Darüber hinaus

muß hier mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß mit der Vergabe der öffentlichen Mittel in Form von direkten Beteiligungen durch den Staat weitergehende Möglichkeiten eröffnet werden könnten, die Unternehmenspolitik auf gesellschaftliche Notwendigkeiten auszurichten, als dies mit der bisherigen Vergabe von verlorenen Zuschüssen der Fall ist.

Alle aufgeführten Vorschläge haben zunächst insoweit einen defensiven Charakter, als sie auf die Absicherung der beschäftigten Kollegen und die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der bedrohten Betriebe abzielen. Allein die Verwirklichung dieser Maßnahmen würde jedoch die Lage der betroffenen Regionen und Branchen stabilisieren und wäre ein überzeugendes Zeichen eines Neuanfangs. Nicht mehr das hilflose „Den Marktgesetzen ihren freien Lauf lassen“, sondern das bewußte Eingreifen zur Entschärfung der strukturellen Fehlentwicklungen wäre Maßstab der staatlichen Strukturpolitik. Schon diese veränderte Haltung mit den Problemen umzugehen, würde den verbreiteten resignativen Tendenzen in den Krisenregionen wirksam entgegenzutreten. Dieser Kampf gegen strukturelle Fehlentwicklungen und ihre Auswirkungen ist eine zentrale Aufgabe angesichts der sich auftürmenden sozialen Probleme in den betroffenen Regionen.

Die von der IG Metall geforderte Neuorientierung der Strukturpolitik kann jedoch nicht bei einer vorläufigen materiellen und sozialen Absicherung der Beschäftigten stehenbleiben. Die weitere Unternehmenspolitik in den Krisenbranchen darf nicht wie bisher sich selbst überlassen bleiben, mit dem bekannten Resultat der sich ständig verschärfenden Krise. Die IG Metall fordert zur Koordinierung der strukturpolitischen Maßnahmen und zur Abstimmung der Unternehmenspolitik in den Branchen Stahl und Schiffbau die Einrichtung von paritätisch durch Unternehmer, Staat und Gewerkschaften besetzten Branchenausschüssen .

IV.

Mit dieser Forderung geht die IG Metall auch einen ersten Schritt über die defensive Verteidigung des sozialen Besitzstands in den Krisenbranchen hinaus. Die Weiterentwicklung in diesen beiden Branchen kann nicht mehr ausschließlich nach den Kriterien der betrieblichen Rentabilität erfolgen, während soziale Mißstände wie Arbeitslosigkeit akzeptiert und gesellschaftliche Bedarfsfelder im Bereich Verkehr, Wohnen und Umwelt ausgeklammert werden. Für die Stahlindustrie kommt diesem Ausschuß eine Koordinierungsfunktion in folgenden Bereichen zu: Neuordnung der Unternehmen; Beteiligung von Bund, Ländern und privaten Kapitaleignern an den Unternehmen; Sicherung der Mitbestimmung in den Unternehmensorganen; Beratung über

Standorte, Produktionsschwerpunkte und Belegschaftsgrößen; Investitionsmaßnahmen und deren Finanzierung. Da im Stahlbereich die Umstrukturierung zum jetzigen Zeitpunkt und in naher Zukunft noch nicht abgeschlossen ist, kann und muß in diesem Prozeß der Branchenausschuß steuernd eingreifen. Die Koordinierung setzt nach unserer Auffassung Einstimmigkeit voraus.

Gesellschaftliche Bedarfsfelder müssen dabei im viel größeren Ausmaß als bisher berücksichtigt werden. Die gewerkschaftlichen Vorschläge in dieser Richtung liegen seit langem auf dem Tisch. Für die Werften werden der Aufbau einer meerestechnischen Industrie, Arbeiten an Umweltschutzaufgaben und im Bereich der Energietechnik gefordert. Diese Aufgaben zeichnen sich durch einen hohen Anspruch an das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter sowie die eingesetzten Arbeitsmittel und -materialien aus. Zweifellos sind diese Voraussetzungen in der bundesdeutschen Schiffbauindustrie gegeben.

Neben der kurzfristig notwendigen Neuorientierung bei der sozialen Krisenbewältigung ist also auch ein mittel- und langfristiges Konzept der Erschließung neuer unternehmerischer Perspektiven notwendig. Besonders in den Krisenbereichen ist hier seit Jahren ein schwerwiegendes Defizit festzustellen, da von den Kapitaleignern offensichtlich nur in der Logik des Gesundshrumpfens gedacht und gehandelt wird. Hier ist durch wirtschafts- und unternehmenspolitisches Versagen eine Krisensituation entstanden, die durch eine Fortsetzung des perspektivlosen Wartens auf bessere Zeiten keine Besserung erfahren kann.

Unter diesen Prämissen bleibt es unverständlich, wieso bisher die Vorschläge der IG Metall zur Überwindung der Strukturkrisen bei Stahl und Schiffbau nicht aufgegriffen werden. Die Blockade gegenüber den gewerkschaftlichen Vorschlägen kann angesichts der fehlenden ernsthaften Alternativen nicht das letzte Wort der Unternehmer und der Regierung sein. Es geht um die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen, denn die Arbeitnehmer waren es bisher allein, die die Krisenlasten zu tragen hatten. Aber es geht auch um die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven, denn ohne Lösung der drängenden Strukturprobleme wird jede wirtschaftliche Erholung mit dieser schweren Hypothek belastet bleiben.

Die Branchenkonzepte der IG Metall sind kein Allheilmittel zum Kurieren der wirtschaftlichen Gebrechen. Zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit werden Anstrengungen in Richtung eines ausreichend dimensionierten staatlichen Beschäftigungsprogramms und zur Arbeitszeitverkürzung unumgänglich sein. Die IG Metall hat mit ihrer tarifpolitischen Forderung zur Wochenarbeitszeitverkürzung die Richtung anvisiert, in der sich die wirtschafts- und tarifpolitischen Maßnahmen zu bewegen haben.

Die vorgestellten Branchenkonzepte sind nicht mehr und nicht weniger als erste Schritte auf dem Weg, aus der bisherigen Sackgasse der Krisenverwaltung herauszukommen. Für eine weitergehende staatliche Strukturpolitik wird ein umfassender branchenübergreifender Ansatz notwendig werden. Ein neues Strukturkonzept darf nicht dabei stehenbleiben, auf die bestehenden Probleme lediglich zu reagieren.

Der staatlichen Strukturpolitik kommt in der Zukunft vielmehr eine gestalterische Funktion zu, da sich abzeichnende Strukturänderungen frühzeitig zu erfassen und durch geeignete wirtschaftspolitische Vorgaben bzw. Förderungsmaßnahmen zu steuern sind. Ein derartiges Vorgehen muß die gesamtwirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten berücksichtigen. Die gesellschaftlichen Bedarfswelder, die im Zusammenhang mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm in den Bereichen Verkehr, Energie, Wohnen und Umwelt angesprochen werden, sind auch für die strukturpolitischen Aufgaben der Zukunft Hinweis genug, wo die Akzente zu setzen sind.